

Bildung

Rat ö 22.05.2012

TOP: Ö 4.1

Gremium: [Rat der Stadt Osnabrück](#)

Beschlussart: ungeändert beschlossen

Datum: Di, [22.05.2012](#)

Status: öffentlich/nichtöffentlich

Zeit: 17:10 - 22:10

Anlass: Sitzung

Raum: Rathaus, Ratssitzungssaal

Ort: Markt, Osnabrück

————— [VO/2012/0978 Auslobung eines Preises für wissenschaftliche Arbeiten](#)

Status: öffentlich

Vorlage-Art: Antrag

: Zählgemeinschaft SPD-Fraktion / Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beratungsverlauf:

Herr Koentopp begründet den Antrag namens der SPD-Fraktion unter Hinweis auf die schriftlich vorliegende Begründung und erläutert die Einzelheiten. Er spricht sich insbesondere dafür aus, kommunalpolitisch bedeutsame Themen in den Fokus der Betrachtung zu rücken. Hierdurch könnten einerseits Studenten angeregt werden, sich verstärkt mit kommunalpolitischen Themen auseinanderzusetzen. Ein weiterer Mehrwert werde daraus erwartet, dass Studenten, die sich mit entsprechenden kommunalpolitischen Themen auseinandersetzen, später in der Region ihren Arbeitsplatz suchen. Zum schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion spricht er sich dagegen aus, der Hochschule und der Universität ausschließlich die Leitung des entsprechenden Verfahrens zu überlassen.

Frau Sliwka begrüßt einerseits die Initiative der Zählgemeinschaft für die Auslobung eines Preises für wissenschaftliche Arbeiten; in Anbetracht der Tatsache, dass es sich hierbei um eine weitere freiwillige Leistung der Stadt Osnabrück handeln würde und unter Hinweis auf die derzeitige Haushaltssituation sieht sie jedoch keinerlei Möglichkeit zur Annahme des entsprechenden Vorschlages. Sie regt an, beim Niedersächsischen Städtetag anzufragen, ob von dort die Auslobung eines Preises für kommunalpolitische Inhalte möglich sei und verweist auf die Schwierigkeit, entsprechende Gutachterinnen und Gutachter zu finden. Zum Änderungsantrag der Fraktion Die Linken weist sie auf die Möglichkeiten der Deutschen Stiftung Friedensforschung hin, die sich ausdrücklich mit friedenspolitischen Themen beschäftigen.

Herr Cheeseman verweist namens der Fraktion Die Linke auf den schriftlich vorliegenden Änderungsantrag (VO 1091). Er skizziert die Inhalte des Änderungsantrages insoweit, als die gemeinsame Auslobung eines Preises von Hochschule, Universität und Stadt gemeinsam erfolgen solle und der Themenbereich auf friedenspolitische Fragestellungen ausgeweitet werden solle. Als Beispiel einer kommunal- und friedenspolitischen Aktivität in Osnabrück bezeichnet er die hier vorhandenen „Friedenslotsen“.

Frau Meyer zu Strohen begrüßt namens der CDU-Fraktion den Antrag grundsätzlich. Sie verweist jedoch auf die Änderungen, die aus dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion gemäß Anlage (VO/2012/1076) hervorgehen. Es werde die Auffassung vertreten, dass keine neuen Strukturen für die Vergabe des Preises erforderlich seien. Sie verweist auf die von den Hochschulen vergebenen Förder- und Stifterpreise und spricht insofern dafür aus, dass der neu zu schaffende Förderpreis in bestehende Strukturen fest eingegliedert werde.

Herr Hagedorn stellt fest, dass die Verwaltung ohnehin angehalten sei, in der Frage der Auslobung des Preises zu den Hochschulen Kontakt aufzunehmen; insofern spricht er sich dafür aus, über den Ursprungsantrag der Zählgemeinschaft abzustimmen, wobei der Änderungsantrag der der CDU-Fraktion als Anregung in das weitere Verfahren einzubeziehen sei.

Frau Pötter verweist namens der CDU-Fraktion nochmals auf das bei den Hochschulen bestehende Konzept und spricht sich insofern erneut dafür aus, dem CDU-Änderungsantrag zu folgen. Sie regt an, dass die Stadt Osnabrück – wie andere Sponsoren – im Rahmen der bei den Hochschulen bestehenden Konzeptionen auftreten könnte.

Beschluss:

Herr Ratsvorsitzender Thöle führt zunächst die Abstimmung über den schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion Die Linke wie folgt herbei (VO 1091):

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke:

Abweichender Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, **in Zusammenarbeit mit der Hochschule Osnabrück und der Universität Osnabrück** konzeptionelle Überlegungen dahin gehend zu erarbeiten, baldmöglichst einen **gemeinsamen** Förderungspreis der Stadt Osnabrück für hervorragende Arbeiten zu kommunalpolitisch- **und friedenspolitischen** bedeutsamen Themen auszuloben.

Honoriert werden sollen auf dieser Basis - einmal jährlich - herausragende

1. Habilitationen
2. Promotionen
3. Masterarbeiten

Die Zusammenarbeit zwischen der Stadt, der Universität und der Hochschule soll sich friedens- und kommunalpolitisch in einer Friedensklausel ausdrücken.

Die Auswahl der auszuwählenden Arbeiten wird in enger Kooperation mit Verantwortlichen der jeweiligen Hochschulen auf Vorschlag eines zu benennenden Gutachtergremiums vorgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich **abgelehnt.**

Sodann führt Herr Ratsvorsitzender Thöle die Abstimmung über den folgenden **Änderungsantrag** der CDU-Fraktion wie folgt herbei (VO/2012/1076):

Abweichender Beschluss:

Die Verwaltung beauftragt, **in Zusammenarbeit mit der Hochschule Osnabrück und der Universität Osnabrück** konzeptionelle Überlegungen dahin gehend zu erarbeiten, baldmöglichst einen Förderungspreis ~~der Stadt Osnabrück~~ für hervorragende Arbeiten zu kommunalpolitisch bedeutsamen Themen auszuloben. **Dieser Förderpreis soll in die bereits bestehenden Förderpreise von Hochschule und Universität eingegliedert werden.**

Die Auswahl der auszuwählenden Arbeiten wird **nach den Richtlinien von Hochschule und Universität, in enger Kooperation mit Verantwortlichen der jeweiligen Hochschulen** auf Vorschlag eines zu benennenden Gutachtergremiums vorgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Der abweichende Beschluss wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Mitglieder der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion **abgelehnt.**

Sodann führt Herr Ratsvorsitzender Thöle die Abstimmung über den folgenden **Ursprungsantrag der Zählgemeinschaft SPD/Bündnis 90/Die Grünen** wie folgt herbei (VO(2012/0978):

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, konzeptionelle Überlegungen dahin gehend zu erarbeiten, baldmöglichst einen Förderungspreis der Stadt Osnabrück für hervorragende Arbeiten zu kommunalpolitisch bedeutsamen Themen auszuloben.

Honoriert werden sollen auf dieser Basis - einmal jährlich - herausragende

1. Habilitationen
2. Promotionen
3. Masterarbeiten.

Die Auswahl der auszuwählenden Arbeiten wird in enger Kooperation mit Verantwortlichen der jeweiligen Hochschulen auf Vorschlag eines zu benennenden Gutachtergremiums vorgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mehrheitlich von den Mitgliedern der Zählgemeinschaft SPD/Bündnis 90/Die Grünen und dem Mitglied UWG/Piraten und dem Oberbürgermeister gegen die Stimmen der Mitglieder der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke **angenommen.**